EUROPÄISCHE LÖSUNG FÜR NATIONALE PROBLEME

Matthias Kipping: Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944-1952. 384 S., Duncker & Humblot, Berlin 1996.

Der Schumanplan gehört nicht gerade zu den Desideraten zeithistorischer Forschung. Dennoch bleibt seine Beurteilung in vielerlei Hinsicht umstritten: primär politische oder wirtschaftliche Zielrichtung, strukturelle oder konjunkturelle Beweggründe, konzeptionelle Kontinuitäten oder Diskontinuitäten, amerikanischer Druck oder französischer Überraschungscoup, idealistische Anwandlungen von Spitzenpolitikern oder nationalstaatliche Interessenpolitik? Dies sind die wichtigsten Pole, zwischen denen sich die Interpretationen bewegen.

Das Buch von Matthias Kipping, hervorgegangen aus einer 1993 an der Universität München eingereichten, von Hans Günter Hockerts betreuten Dissertation, liefert für diese Debatten wichtige Beiträge aus der Perspektive qualitativ orientierter Wirtschaftsgeschichte. Der Autor gelangt dank breiter Quellenstudien und kluger Fragestellungen einerseits zu ganz neuen Ergebnissen. Andererseits bestätigt und ergänzt er Einschätzungen der jüngsten Forschung zur frühen französischen Deutschland- und Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg.

Dabei zeigt sich erneut zweierlei: einmal wie wenig dem Schumanplan, seinen Motivationen und Implementationen, mit klassisch diplomatiegeschichtlichen Instrumentarien beizukommen ist; dann wie wichtig es weiterhin bleibt, im Kern idealisierende Bilder eines Durchbruchs zur deutsch-französischen Aussöhnung kritisch zu hinterfragen und mit der historischen Realität der Jahre vor und nach 1950 zu konfrontieren. Von der Montanunion als Resultat politisch-kulturellen Gleichklangs dreier Katholiken aus kriegsgeschädigten Grenzregionen ist bei Kipping jedenfalls nicht die Rede.

Die Arbeit gliedert sich in vier chronologisch angelegte Hauptkapitel. Zunächst geht es um die knappe Verortung des Themas innerhalb der breiten innerfranzösischen Modernisierungsdebatten seit Kriegsende, die im übrigen – was nur am Rande erwähnt wird (S.39) – schon zu Widerstandszeiten in Algier 1943/44 lange Schatten voraus warfen. Danach steht das "Krisenjahr 1949" im Mittelpunkt, die Strukturprobleme der französischen Stahlindustrie, der zunehmende deutsche Konkurrenzdruck und das alternativenreiche Krisenmanagement, das nicht zwangsläufig auf die Schumansche Option hinauslief. Ein dritter Teil beschäftigt sich mit den schwierigen Verhandlungen, die gut elf Monate nach der Erklärung vom 9. Mai 1950 zur EGKS-Vertragsunterzeichnung führten. Abschließend werden noch einmal systematisch die voneinander abweichenden Positionen und Argumentationen innerhalb der französischen Industrie dargelegt, wie sie während der Vertragsverhandlungen bzw. der Ratifizierungsdebatten zutage traten.

Die zentrale These der Arbeit lautet, daß Schumans Initiative neben den offensichtlichen politischen nicht weniger eminente wirtschaftliche Wurzeln aufzuweisen habe. Dabei sei es den Initiatoren nicht primär um die Stahlindustrie gegangen, sondern um die stahlverarbeitende Industrie, deren größere gesamtwirtschaftliche Bedeutung (S. 273-276) mit gut dem Zehnfachen an Beschäftigten bislang kaum Beachtung gefunden habe. Nach Jean Monnet – oder auch André Philip – sollten die Metallverbraucher, z.B. im Maschinenbau- oder Automobilsektor, die maßgeblichen "Nutznießer der Montanunion" (S. 287) werden. Ihre Beschwerden waren Legion: extensive Lieferfristen für Stahlprodukte, kartellartige Praktiken des Stahlwerksverbands, mangelnde Berücksichtigung einheimischer Bedürfnisse, vor allem die deutlich höheren Preise im deutsch-französischen Vergleich (S. 88-101, 193-197). Nicht zu Unrecht versprachen sie sich Lösungsansätze durch die Montanunion.

Anders die Stahlhersteller: je nach Wahrnehmung der jeweiligen Konkurrenzsituation schwankten die Reaktionen im Frühjahr 1950 regional zwischen einer durchaus aufgeschlossenen Haltung (Westlothringen), massiven Bedenken (Ostlothringen, Zentralfrankreich) und dezidiertem Widerstand (Nordfrankreich). Entscheidungsträger in Politik und Spitzenverwaltung waren sich jedoch einig. Es galt den "Sprung ins Ungewisse" (293) in Kauf und den zu schaffenden gemeinsamen Markt zum Anlaß zu nehmen, die Branche zu modernisieren und zu rationalisieren, Strukturschwächen abzubauen, Wettbewerbsnachteile (Doppelpreise, Kapazitätsbeschränkungen, Selbstkosten) zu beseitigen und Produktionsziffern

Neue Politische Literatur, Jg. 43 (1998) © Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt a.M.

gegenüber Westdeutschland relativ zu steigern. All dies gelang nach Kipping (329 ff.).

Über die engere wirtschaftsgeschichtliche Argumentation hinaus läßt sich die Arbeit auch im breiteren Kontext französischer Deutschlandpolitik seit 1944 lesen. Dort sind inzwischen klassische Bilder einer neuerlichen Revanchepolitik in Anlehnung an 1918/19 sehr viel differenzierteren Analysen gewichen. Gleichsam en passant bestätigen Kippings Ausführungen einige der neueren Thesen und Einsichten. Auf zwei Aspekte sei in aller Kürze hingewiesen.

Einmal waren französische Handelsliberalisierungen nicht allein, nicht einmal vorrangig Ergebnis amerikanischen Drucks, sondern gleichermaßen hausgemacht, und dies im Grunde seit 1943/44 (z.B. S. 88 ff.). Über die Notwendigkeit einer solchen Politik bestand schon damals ein breiter Konsens. Zugleich war sich das künftige politische und administrative Pariser Führungspersonal allerdings bewußt, daß sie angesichts politischer Provisorien und sozio-ökonomischer Miseren unmittelbar nach Kriegsende noch nicht auf den Weg zu bringen sei. "Sollte sich Frankreich demnächst bei Internationalen Konferenzen auf den freien Welthandel einlassen, so tut es dies nicht aufgrund etwaiger Pressionen aus diesem oder jenen Land, sondern weil es ein nationales Erfordernis darstellt", schrieb Robert Marjolin Anfang 1946.

Noch während der Schumanplan-Verhandlungen zeigte sich immer wieder, welch großes Gewicht die amerikanische Diplomatie französischen Interessen weiterhin der Bundesrepublik gegenüber beimaß (S. 117, 220, 250 f.). Massiver Druck galt – und nicht erst 1949/50 – als kontraproduktiv, was Paris weitere Handlungsmargen eröffnete, größere Verhandlungs(teil)erfolge (z.B. S. 134 f.) ermöglichte, als es seine begrenzten machtpolitischen Mittel ahnen ließen.

Dann wird deutlich, in welch starkem Maße die Montanunion wirtschaftspolitisch Mittel zum Zweck war. Tatsächlich ging es um europäische Lösungsmodelle für nationale Problemlagen, um internationalen Wettbewerb zur Überwindung nationaler Reformstaus, um äußeren Konkurrenzdruck für innere Modernisierungsanstöße (z.B. S. 154 f. o. 160). Auch dies war alles andere als neu, wie ein weiterer Blick auf Widerstandsplanungen von Monnet oder Philip, von René Pleven, Hervé Alphand oder Guillaume Guindey, dokumentiert. Neu waren 1949/50 lediglich die weitgehend geklärten welt- und deutschlandpolitischen Verhältnisse, die leidlich stabilisierte innenpolitische Situation sowie konjunkturelle Faktoren, die es erlaubten, den Schritt zu wagen.

Kontinuitätslinien sind unübersehbar, was den engen Zusammenhang von nationalen Modernisierungsprämissen und deutschlandpolitischen Zielvorstellungen anbelangt. 1944/45 ging es Paris keineswegs nur um Kontrolle (oder gar Ausbeutung) ohne Kooperation, 1950 nie um Kooperation ohne Kontrolle. Freilich gab es gute Gründe, warum dies zeitgenössisch ganz selten, historiographisch erst seit kurzem zum Ausdruck kommen konnte, warum der Schumanplan die deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen in eine Vorgeschichte unter dem "Topos des Unverständnisses" und eine "Nachgeschichte" unter dem "Topos der Verständigung" scheidet und wenig Raum für Grautöne beläßt.

Gewiß hätte es nicht geschadet, die wirtschaftsgeschichtlichen Aussagen und Ergebnisse ein wenig stärker an andere, aktuell diskutierte Forschungskontexte zurückzubinden. Bedauerlich ist auch, daß sich trotz des herleitenden ersten Kapitels der Bearbeitungszeitraum auf die Jahre 1949, 1950 und 1951 verengt. Die zentralen Sozialisationserfahrungen Pariser Deutschlandakteure, die Schreckbilder der 30er Jahre: Malthusianismus und Protektionismus als entscheidend mitverantwortlich für Dekadenz und Verfall der III. Republik, für Kriegsdebakel und Besatzung, bleiben außen vor. Französische Modernisierungspolitik zwischen Befreiung und Schumanplan entsprach nicht zuletzt der Lehre, die es aus diesen Wahrnehmungen zu ziehen galt.

"Eine umfassende Sichtweise der ersten Europäischen Gemeinschaft" (S. 22) mag Matthias Kippings Buch vielleicht nicht unbedingt enthalten. Allemal handelt es sich aber um eine klar gegliederte, vorzüglich formulierte und plausibel argumentierte Studie zur Vorgeschichte der Montanunion und einen gewichtigen wirtschaftshistorischen Beitrag im Rahmen aktueller Forschungsdebatten um Frankreichs Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wer sich künftig mit diesen Bereichen beschäftigt, wird an Kippings Untersuchung nicht vorbeikommen. Wen die Tagesaktualität europäischer Integration interessiert, vor allem die innenpolitische Dimension der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion, wird seine "Fallstudie zur internationalen Wettbewerbs-

Neue Politische Literatur, Jg. 43 (1998) © Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt a.M.

fähigkeit" (S. 35) ebensosehr schätzen. Parallelen zwischen Frankreichs Ansinnen, durch europapolitische Zwänge innerfranzösische Reformen in Denken und Handeln zu provozieren, und heutigen Argumentationen in den EU-Mitgliedsstaaten sind kaum zu übersehen. Nicht selten müssen die Maastrichter Konvergenzkriterien dafür herhalten, ohnehin mittelfristig kaum vermeidbare nationale Haushaltssanierungen zu rechtfertigen, für die Verständnis und Unterstützung sonst noch schwieriger zu finden wären.

Saarbrücken *Dietmar Hüser*

Neue Politische Literatur, Jg. 43 (1998) © Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt a.M.